

3945/J XXI.GP

Eingelangt am: 23.05.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Lapp
und Genossen
an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen
betreffend **Einführung eines verbindlichen Gehör-Screenings bei Kindern im Rahmen der Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen**

Unter Fachleuten herrscht weitgehend Einigkeit darin, dass ein frühzeitiges Erkennen von Hörschädigungen bei Kindern eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Erwerb der Lautsprache ist. So wurden in den letzten Jahren verschiedene Screening-Verfahren, wie z. B. die otoakustische Emission (OAE), entwickelt, die einfach zu handhaben sind und zu brauchbaren Resultaten führen.

Trotz dieser Screening-Möglichkeiten zur Erfassung von Hörschädigungen bei Säuglingen und Kleinkindern werden diese Verfahren nicht flächendeckend und systematisch durchgeführt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen nachstehende

Anfrage:

1. Planen Sie die Einführung eines verbindlichen Gehör-Screenings bei Kindern im Rahmen der Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen?
2. Wenn ja, bis wann?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. An welchen Spitälern in Österreich werden Gehör-Screenings durchgeführt?
5. Gibt es statistische Erhebungen über die Anzahl der Untersuchungen und deren Ergebnisse?
6. Welche weiteren Maßnahmen planen Sie, um die Früherkennung von Gehörschäden bei Neugeborenen und Kindern zu verbessern?